

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/1471

*Deutsche Bahn AG*

*Manuela Herbort*

*Konzernbevollmächtigte für die Länder*

*Hamburg und Schleswig-Holstein*

*(GL-HH/SH)*

*Wirtschaftsausschuss*

*des Schleswig-Holsteinischen Landtages*

*- Geschäftsführung -*

*Per E-Mail*

Betreff: Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben:

Stellungnahme der DB AG

Von: Manuela.Herbort@deutschebahn.com

Datum: Mon, 29 Jul 2013 16:27:43 +0200

An: Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

CC: .....

Sehr geehrter Herr Wagner,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 03.07.2013 und die dort beigefügten Anträgen der Fraktionen der PIRATEN sowie der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW. Gerne nehmen wir zu diesen Anträgen wie folgt Stellung.

Die DB begrüßt die Zielsetzung und Stoßrichtung der Anträge. Dieses betrifft insbesondere die Forderungen nach einem Wandel des Dialogs mit der Bürgerschaft und nach einer Verbesserung der Transparenz und Niederschwelligkeit der durch Vorhabenträger und Genehmigungsbehörden veröffentlichten Informationen. Die erforderliche Akzeptanz zum Ausbau der Infrastruktur bedarf schließlich eines Planungs- und Genehmigungsprozesses, der transparent und erklärend kommuniziert wird sowie unter Einbeziehung aller wichtigen Interessengruppen erfolgt.

Die Umsetzung dieser Forderungen wird vor allem dann die Akzeptanz von Infrastrukturvorhaben verbessern, wenn sie im Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung erfolgt. Gleichzeitig sind jedoch in Deutschland die langen Legitimations- und Planungsphasen sowohl hinsichtlich der Umsetzung als auch hinsichtlich Akzeptanz von Infrastrukturprojekten eine Herausforderung. Bei den Bürgerinnen und Bürger kann der Eindruck entstehen, dass Eingebungen aus frühen Phasen und die parlamentarische Legitimation, die ein Infrastrukturvorhaben erfahren hat, im Zeitverlauf immer weniger berücksichtigt und anerkannt wird. Diese Spannungsfeld gilt es zu lösen.

Sehr geehrter Herr Wagner, der Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW befasst sich ferner mit Beteiligungsmöglichkeiten in Kommunen durch Bürgerbegehren. Auch hierdurch kann aus unserer Sicht die Akzeptanz für Infrastrukturvorhaben verbessert werden. Jedoch sollte berücksichtigt werden, dass diese Form der Bürgerbeteiligung die notwendige demokratische Legitimation von Projekten durch Parlamente wie auch die Genehmigungsverfahren nicht ersetzen kann. Ferner stellt sich bei Bürgerbegehren zu Infrastrukturvorhaben mit auch überregionaler Bedeutung die Frage nach dem Kreis der zu beteiligenden Bürgerinnen und Bürger. Bei einer frühzeitigen, transparenten und dialogorientierten Öffentlichkeitsbeteiligung sollten alle wichtigen regionalen sowie überregionalen Interessen eingebunden werden.

Mit freundlichen Grüßen

Manuela Herbort  
Konzernbevollmächtigte für die Länder  
Hamburg und Schleswig-Holstein  
(GL-HH/SH)

Deutsche Bahn AG  
Hammerbrookstraße 44, 20097 Hamburg  
Tel. +49 040 3918-3000, intern 930-3000, Fax 040 3918-3006

---

Der DB-Konzern im Internet >> <http://www.deutschebahn.com>

Sitz der Gesellschaft: Berlin  
Registergericht: Berlin-Charlottenburg, HRB 50 000  
USt-IdNr.: DE 811569869  
Vorstand: Dr. Rüdiger Grube (Vorsitzender), Gerd Becht, Dr.-Ing. Volker Kefer, Dr. Richard Lutz, Ulrich Weber  
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht